Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

15.12.1994 - Beschlußprotokoll 66. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
66. Sitzung
15. 12. 94
Nr. 13/917 — 13/940

Nr. 13/917

Fragestunde

1. Fehlen konkreter Anmeldungen für Niederdeutsch im Bereich schulische Bildung (Artikel 8) der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

   Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 21. November 1994

2. Studienbescheinigungen für Studierende ohne Prüfungsabschluß

   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vom 22. November 1994

3. Regionales Entwicklungskonzept für den Raum Bremen—Bremerhaven—Oldenburg

   Anfrage der Abgeordneten Barsuhn, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 22. November 1994

4. Ausschreibungen im öffentlichen Auftragswesen

   Anfrage der Abgeordneten Schreiber, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 22. November 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

5. Niedersächsische Schüler an Privatschulen in Bremen

   Anfrage der Abgeordneten Bürger, Kudella und Fraktion der CDU vom 23. November 1994

Die Anfrage wird zurückgezogen.

6. Vorschläge zur Förderung von Familien

   Anfrage der Abgeordneten Elke Steinhöfel, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 28. November 1994

7. Hühner als Bakterienträger

   Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. November 1994

8. Auswirkungen von Abnahmeverpflichtungen auf die Ertragslage von Stadtwerken

   Anfrage der Abgeordneten Heise, Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 30. November 1994

9. Kosten für die Zeitschrift „orte"

   Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. November 1994

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Überproportional hohe Zahl von Ladendiebstählen
    Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. Dezember 1994

11. Freie Raumkapazitäten in Behörden
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. Dezember 1994

12. Bleiberechtsregelung für Asylbewerberfamilien
    Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. Dezember 1994

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 31 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/918

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/Gruppen kein Thema beantragt worden.

Nr. 13/919

Schiffsregister
Antrag der Gruppe der NK
vom 31. Oktober 1994
(Drucksache 13/1025)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/920

Nutzen einer Sommersmogverordnung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. September 1994
(Drucksache 13/1005)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1994
(Drucksache 13/1021)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/921

Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bremen/Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 1994
(Drucksache 13/1006)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1994
(Drucksache 13/1022)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/922

Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. November 1994
(Drucksache 13/1029)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Jugendhilfe.

Nr. 13/923

Finanz-Controlling-Quartalsbericht III/94
Mitteilung des Senats vom 8. November 1994
(Drucksache 13/1031)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/924

Fortgang der Realisierung des Konzeptes „Flughafen 2000"
Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 11. November 1994
(Drucksache 13/1035)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 1994
(Drucksache 13/1049)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/925

Gesetz zur „Novellierung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes"
Antrag des nichtständigen Ausschusses „Novellierung des Bremischen Schul- und Schulverwaltungsgesetzes"
vom 7. November 1994
(Drucksache 13/1030)

D a z u

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
vom 8. und 15. Dezember 1994
(Drucksachen 13/1054 und 13/1098)

u n d

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 14. Dezember 1994
(Neufassung der Drs. 13/1089 vom 12. 12. 94)
(Drucksache 13/1097)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge (Drs. 13/1054 und 13/1098) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drs. 13/1097) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in der geänderten Fassung in zweiter Lesung.

Nr. 13/926

Recht auf Bildung für niedersächsische Schüler an Privatschulen in Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 1994
(Drucksache 13/1053)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/927

Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen mit dem Ziel der Rücknahme der einseitigen Kündigung der „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen für den Besuch von Privatschulen in Bremen durch Schüler aus Niedersachsen"

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 13. Dezember 1994
(Drucksache 13/1094)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert die Kündigung der „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen für den Besuch von Privatschulen in Bremen durch Schüler aus Niedersachsen" durch das Land Niedersachsen mit Wirkung zum Schuljahr 1995/96.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, in den Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen darauf hinzuwirken, daß die einseitige Kündigung der „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen für den Besuch von Privatschulen in Bremen durch Schüler aus Niedersachsen" zurückgenommen wird.

Nr. 13/928

Bericht der Besuchskommission nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) und nach dem Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem Psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsanstalt) für die Jahre 1991 bis 1993

Mitteilung des Senats vom 15. November 1994
(Drucksache 13/1040)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/929

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas R ö w e k a m p

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Teiser zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 13/930

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Ralf B e r g e n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Teiser zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Nr. 13/931

Wahl eines Mitglieds des Datenschutzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Erwin K n ä p p e r

anstelle des Abgeordneten Ralf Bergen zum Mitglied des Datenschutzausschusses.

Nr. 13/932

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Ralf B e r g e n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Teiser zum Mitglied des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten".

Nr. 13/933

Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Erwin K n ä p p e r

anstelle des Abgeordneten Ralf Bergen zum Mitglied des nichtständigen Ausschusses „Reform des öffentlichen Dienstes".

Nr. 13/934

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Ralf B e r g e n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Teiser zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 13/935

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Finanzdeputation

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Ralf B e r g e n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Teiser zum Mitglied der staatlichen Finanzdeputation.

Nr. 13/936

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Inneres

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Erwin K n ä p p e r

anstelle des Abgeordneten Ralf Bergen zum Mitglied der staatlichen Deputation für Inneres.

Nr. 13/937

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48
vom 6. Dezember 1994
(Drucksache 13/1047)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/938

Gesetz über das Verfahren beim Bürgerantrag
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 8. Dezember 1994
(Drucksache 13/1068)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/939

Verurteilung der Verfolgung türkischer Parlamentarier
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 14. Dezember 1994
(Drucksache 13/1096)

Die Bürgerschaft (Landtag) als Parlament eines deutschen Bundeslandes verurteilt die Verfolgung von parlamentarischen Kollegen, nämlich von Mitgliedern des türkischen Parlaments, wegen ihres Bekenntnisses zu ihrer kurdischen Identität.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf zu prüfen, mit welchen Mitteln in den auf Menschenrechte und Demokratie verpflichteten Gemeinschaften Europarat, NATO und OSZE und im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses der EU mit der Türkei auf die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der mit uns befreundeten Türkei eingewirkt werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Forderung von Bundesaußenminister Klaus Kinkel, OSZE-Beauftragte zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in die Türkei von sich aus einzuladen.

Die Kommission der Europäischen Antifolterkonvention, die auch von der Türkei ratifiziert worden ist, soll unverzüglich erneut in die Türkei entsandt werden und ihren Bericht veröffentlichen. Das gleiche gilt für das Antifolterkomitee der UN-Menschenrechtskommission.

Die Verfolgung sogar von Abgeordneten zeigt, daß eine umgehende und sorgfältige Überprüfung und gegebenenfalls eine Neubewertung der Menschenrechtslage in der Türkei veranlaßt ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in dem nunmehr auch von Bundesinnenminister Manfred Kanther vertretenen aktuellen Abschiebestopp für nach Deutschland gekommene Kurden ein nachdrückliches Signal für den Ernst, mit dem eine solche Überprüfung und gegebenenfalls Neubewertung eingefordert wird.

Nr. 13/940

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Notwendige Studien- und Prüfungsordnungen erstellen
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 30. November 1994
   (Drucksache 13/1046)

2. Verurteilung der Brandanschläge auf türkische Einrichtungen
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
   vom 6. Dezember 1994
   (Drucksache 13/1048)

3. Verurteilung der Brandanschläge auf türkische Einrichtungen
   Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
   vom 14. Dezember 1994
   (Drucksache 13/1095)

4. Ende der 3-Tage-Woche des Leiters des „Bremer EU-Büros"
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 9. Dezember 1994
   (Drucksache 13/1069)

Druck: Hans Krohn, Bremen